

Tornado-Nachfolge und FCAS: Doppelentscheidung konfrontiert Deutschland mit Zielkonflikten

Christian Mölling und Torben Schütz

Die Bundesregierung steht in der militärischen Luftfahrt vor zwei wichtigen Entscheidungen: Kurzfristig muss es seine alten „Tornado“-Kampfbomber ersetzen. Auf längere Sicht will Deutschland zudem gemeinsam mit Frankreich das „Future Combat Air Systems“ (FCAS) entwickeln. Beide Beschaffungen entscheiden darüber, welchen Einfluss Berlin auf politische, industrielle, technologische und militärische Entwicklungen in der europäischen und transatlantischen Sicherheit haben wird.

Folgenreiche Doppelentscheidung

In den kommenden Monaten muss Deutschland zwei Entscheidungen treffen, die die deutsche und europäische Verteidigungspolitik und Rüstungsindustrie auf Jahrzehnte hinaus prägen werden: Kurzfristig geht es um den Ersatz des überalterten Kampfbomber vom Typ Tornado, der um 2025 das Ende seines Lebenszyklus erreicht. In naher Zukunft muss die Bundesregierung aber auch über die darauffolgende Generation von Kampfflugzeugen für die Bundeswehr entscheiden. Grundsätzlich haben Paris und Berlin 2017 beschlossen, gemeinsam ein „Future Combat Air Systems“ (FCAS) zu entwickeln, ein vernetztes Gesamtsystem von Kampfflugzeugen und Drohnen, das etwa ab 2040 einsatzfähig sein soll. Dieser Grundsatzbeschluss wurde im November 2018 noch einmal bestätigt. Doch um das Projekt tatsächlich zu beginnen, sind noch viele Folgeentscheidungen notwendig.

Diese Doppelentscheidung hat große Auswirkungen auf Deutschlands Verteidigungspolitik – und auf seinen Beitrag zur europäischen Verteidigung. Es geht um langfristig wirkende Leuchtturmprojekte, die mitbestimmen, welchen Beitrag Deutschland leisten wird, um

- a. kritische militärische Fähigkeiten bereitzustellen,
- b. kritische technologische und industrielle Kompetenzen zu erhalten oder aufzubauen,

- c. verteidigungsökonomische Effizienzgewinne zu erzielen und
- d. politische Solidarität zu leisten.

Ziele und Zielkonflikte

Sowohl die Entscheidung über die Tornado-Nachfolge als auch die über FCAS haben gravierende Folgen für die militärischen Fähigkeiten, die industrielle und technologische Wettbewerbsfähigkeit, das Verhältnis zu Frankreich und den USA und für die Zukunft Europas insgesamt.

Der militärische Nutzen von Kampfflugzeugen ist unbestritten: Eine funktionierende Kampfflugzeugflotte ist eines der wichtigsten Instrumente der NATO-Armeen. Wenn Deutschland und die NATO in der Lage sein wollen, in der Bündnis- und Landesverteidigung gegen hochentwickelte Armeen zu bestehen und mögliche Feinde wirksam abzuschrecken, müssen sich ihre Kampfflugzeuge gegen moderne gegnerische Flieger und Luftabwehrsysteme durchsetzen können. Dazu bedarf es der Erneuerung der bestehenden Flotten. Die Armeen müssen den sich weiterentwickelnden Bedrohungsszenarien neue Technologien und Konzepte entgegenstellen.

Industriell und technologisch eröffnet die anstehende Doppelentscheidung der Bundesregierung die Möglichkeit, weite Teile der europäischen militärischen Luftfahrtindustrie und damit der gesamten europäischen industriellen und technologischen Basis für die nächsten 50 Jahre zu gestalten. Dies liegt erstens an den langen, bis zu 50 Jahre dauernden Lebenszyklen von Kampfflugzeugen. Zweitens dürften vor allem über das Luftkampfsystem FCAS auch weitere wichtige Technologien entwickelt werden.

Umgekehrt spielt der Erhalt der industriellen und technologischen Fähigkeit, in Europa Kampfflugzeuge als Gesamtsysteme entwickeln und produzieren zu können, eine zentrale Rolle für die europäische Autonomie und die deutsche Teilhabe. An ihnen entscheidet sich, welche militärischen Fähigkeiten zukünftig noch europäisch bereitgestellt werden können, und für welche die europäischen Länder auf Importe, wahrscheinlich aus den USA, angewiesen sein werden.

Für die Tornado-Nachfolge wie auch FCAS gilt, dass Zeitdruck und Einsatz hoch und die Folgen komplex sind. Vor einer detaillierteren Analyse der Optionen bei beiden Entscheidungen ist es sinnvoll, diese vielfältigen Facetten – und die sich daraus ergebenden Zielkonflikte – zu betrachten.

Transatlantisches Verhältnis und EU-Autonomie

Traditionell sind die meisten europäischen Staaten und auch Deutschland bei Kampfflugzeugen von den USA abhängig. Eine vollständige Unabhängigkeit von den USA ist auf absehbare Zeit nicht nur fast unmöglich, sondern auch politisch nicht wünschenswert. Berlin steht vielmehr vor der Aufgabe, ein angemessenes Gleichgewicht zwischen einer größeren europäischen industriellen Autonomie und der transatlantischen Partnerschaft zu entwickeln.

Für die Entscheidungen zur Tornado-Nachfolge und dem FCAS sind die Zielkonflikte unmittelbar ersichtlich. Einerseits unterstützt Deutschland eine größere Autonomie der EU. Die Bundesregierung würde dieses Engagement unterstreichen, wenn sie den Tornado-Nachfolger in Europa beschafft und FCAS nachdrücklich unterstützt. Andererseits will Berlin gegenüber den USA seine Bereitschaft unter Beweis stellen, eine größere Last innerhalb der NATO zu tragen und sich auf das dort vereinbarte Zwei-Prozent-Ziel für die Verteidigungsausgaben zuzubewegen. Darüber hinaus könnte die transatlantische industrielle Zusammenarbeit beim Kauf von US-Systemen den amerikanischen Druck auf Berlin verringern, mehr für Verteidigung zu investieren.

Nukleare Teilhabe

Vor allem die Tornado-Nachfolge hat zudem Konsequenzen für die nukleare Teilhabe in der NATO. Diese ist militärisch und politisch relevant, denn die europäischen NATO-Verbündeten übernehmen damit einen Teil der politischen Last der nuklearen Abschreckung. Eine nukleare Abschreckung in der NATO, die nur auf amerikanischen (und zu kleineren Teilen auf französischen und britischen) Waffen beruhen würde, würde bei den Bürgern mancher NATO-Staaten auf Ablehnung stoßen. Viele Regierungen rechtfertigen ihre Rolle in der nuklearen Teilhabe damit, dass andere NATO-Staaten sich ebenfalls beteiligen. Dass gerade Deutschland, wo Nuklearwaffen so umstritten sind, daran teilnimmt, hilft vielen Staaten, die eigene Entscheidung zu rechtfertigen.

Damit verschränken sich in dieser Nachfolgefrage die militärische, industrielle und politische Ebene der transatlantischen Beziehungen und Deutschlands Rolle in der NATO. Deutschlands Teilnahme an der nuklearen Teilhabe unterstreicht gegenüber allen NATO-Verbündeten die Glaubwürdigkeit deutscher Verteidigungsanstrengungen. Würde Deutschland aus der Teilhabe aussteigen oder pausieren, weil es keine funktionsfähigen Flugzeuge mehr besitzt, so würde die Verlässlichkeit Deutschlands in der NATO weiter in Mitleidenschaft gezogen. Zudem würde Europas Verteidigungsfähigkeit leiden.

Deutsch-französische Beziehungen

Bei dem FCAS-Projekt sind zahlreiche Konflikte zwischen Deutschland und Frankreich zu erwarten, weil politische Solidarität und nationale industrielle Teilhabe sich teilweise ausschließen. Sowohl die deutsch-französischen Beziehungen als auch der Zusammenhalt der EU stehen auf der politischen Agenda Deutschlands ganz oben. Sie sind in vielerlei Hinsicht miteinander verwoben: Fortschritte beim Zusammenhalt der EU oder gar bei weiterer Integration sind ohne Frankreich undenkbar. Aus deutscher Sicht ist eine verstärkte europäische Verteidigungszusammenarbeit eines der wenigen Themen, die gegenwärtig sowohl zwischen Berlin und Paris als auch innerhalb der EU auf weitgehende Zustimmung trifft. Auf EU-Ebene fehlt es allerdings bisher an bedeutenden Rüstungsprojekten. Aus deutscher Sicht kann das FCAS-Projekt nicht nur Frankreich und Deutschland, sondern auch andere EU-Länder durch industrielle Zusammenarbeit verbinden.

Rüstungsexporte

Insbesondere die französische Seite sieht die Notwendigkeit, schon im Vorhinein die Regeln für den Export des FCAS zu klären. Diese Forderung trifft Deutschland zu

einer Zeit, in der die Rüstungsexportpolitik innenpolitisch hoch kontrovers ist. Die Überarbeitungsversuche der letzten Jahre haben zu keinem belastbaren Ergebnis geführt. Tatsächlich gibt es in Deutschland bisher keinen stabilen Kompromiss über die außen- und sicherheitspolitischen Ziele von Rüstungsexporten.

Der Entscheidung erster Teil: Die Tornado-Nachfolge

Der Tornado erreicht um das Jahr 2025 herum das Ende seines Lebenszyklus. Bis zu 90 neue Flugzeuge könnten gekauft werden, um die zwischen 1981 und 1992 beschaffte Tornado-Flotte der Luftwaffe zu ersetzen. Diese Entscheidung hat erhebliche Auswirkungen auf militärische und industrielle Fähigkeiten und das transatlantische Verhältnis. Zudem ergibt sich ein möglicher Zwischenschritt auf dem Weg zur Produktion des FCAS: Eine nationale oder europäische Lösung wäre ein Weg, wichtige europäische Entwicklungs- und Produktionsfähigkeiten zu erhalten und gleichzeitig die Eurofighter-Kampfflugzeuge der Luftwaffe zu modernisieren und weiterzuentwickeln.

Zwei besondere Fähigkeiten erklären die herausragende militärische Bedeutung der Tornado-Kampfflugzeuge in der NATO.

SEAD: Der Tornado kann gegnerische Luftabwehr mit Raketen bekämpfen (SEAD – Suppression of Enemy Air Defence). Deutschland stellt mit 20 Tornados knapp die Hälfte dieser Spezial-Flugzeuge unter europäischen NATO-Staaten. Italien besitzt mit 15 – genauso altersschwachen „Tornados“ – weitere 36 Prozent. Doch gegen moderne Luftabwehr ist der Tornado schon seit langem nicht mehr überlebensfähig.

Nuklear: Deutschland trägt mit dem Tornado zu den nuklearen Abschreckungsfähigkeiten der NATO in Europa bei. Der Tornado kann konventionelle und nukleare Bomben tragen, ist also ein sogenanntes DCA (Dual Capable Aircraft). Würde Deutschland den Tornado nicht ersetzen und aus der nuklearen Teilhabe aussteigen, müssten andere Europäer einen größeren Teil der politischen und militärischen Last tragen. Im schlimmsten Fall würde Deutschlands Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe einen Dominoeffekt unter den Alliierten zur Folge haben. Am Ende könnte eine wichtige Verbindung zu den USA ungewollt gekappt werden – was gerade vor dem Hintergrund der wachsenden nuklearen Fähigkeiten Russlands und der ohnehin bestehenden transatlantischen Probleme bedenklich wäre. Wenn Europa keine Nuklearwaffen mehr auf seinem Boden hätte, wäre es darauf angewiesen, dass die USA strategische Nuklearwaffen zur Verteidi-

gung Europas einsetzen. Dies würde eine erhebliche Eskalation darstellen, die selbst im Kalten Krieg zweifelhaft erschien. Dies war einer der Gründe für die nukleare Nachrüstung in den 1980er Jahren.

Option I: Den Eurofighter weiterentwickeln

Die erste Option für den Ersatz der Tornados ist es, jene Eurofighter, die die Luftwaffe ohnehin bekommen soll, zu DCAs umzurüsten. In Großbritannien kommt der Eurofighter bereits als konventionelles Luft-Boden-Kampfflugzeug zum Einsatz. Doch bislang fehlt die Zulassung der USA für den Einsatz als Nuklearbomber. Ohne diese Zulassung darf der Eurofighter die US-Waffen nicht tragen – es gäbe also keine effektive nukleare Teilhabe. Zudem wurden die Eurofighter nicht dafür konzipiert, im Tiefflug in einen stark geschützten gegnerischen Luftraum einzudringen. Ihre Überlebensfähigkeit bei solchen Einsätzen dürfte begrenzt sein. Die Wahl des Eurofighter würde die politische Bedeutung der nuklearen Teilhabe höherstellen als die militärische Bedeutung einer glaubhaften Abschreckung. Immerhin würden die technologischen und industriellen Kapazitäten in Europa gesichert.

Das Zeitfenster für die Zertifizierung der Eurofighter schließt sich jedoch langsam. Die Zulassung durch die USA braucht etwa sieben Jahre. Das ist ungefähr jene Restlebenszeit, die man dem Tornado noch gibt. Wenn Deutschland den Eurofighter zugelassen bekommen will, muss es diese Entscheidung also sehr schnell fällen. In jedem Fall bleibt das Risiko, dass die USA die Zulassung verweigern. In dem Fall könnte Deutschland die Voraussetzungen für die nukleare Teilhabe nicht mehr erfüllen, weil ein nuklear zertifizierter Flugzeug fehlt. Es ist gut möglich, dass eine solche Lücke das endgültige Aus für die nukleare Teilhabe bedeutet: Denn selbst wenn Deutschland eines Tages wieder Kampfflugzeuge hätte, die nukleare Waffen tragen können, wären die politischen Hürden hoch. Unter dem negativen Schlagwort „nukleare Aufrüstung“ dürften politische Mehrheiten nur schwer zu finden sein.

Diesem politischen Risiko kann Deutschland begegnen, indem es die Lebenszeit des Tornados erneut verlängert. Eine solche Entscheidung würde auch dem Ziel dienen, auf eine europäische Lösung statt auf den Kauf von US-Kampfflugzeugen zu setzen. Sie würde den Zeitdruck lindern, der durch das „Ablaufdatum“ der nuklearen Fähigkeit entsteht. Dafür brauchen nur 20 bis 25 Tornados in eine „goldene „Flotte“ – ein Flotte einzig für diesen Einsatzzweck und mit Zugriff auf die verbleibenden Ersatzteile – verwandelt werden.

Option II: F-35 Lightning II oder andere US-Flugzeuge

Alternativ könnte die Bundeswehr den F-35 Lightning II des US-Herstellers Lockheed Martin kaufen. Militärisch wäre diese Maschine für die Luft-Boden-Rolle wahrscheinlich bestens geeignet. Zudem ist hier die Zulassungsfrage für Nuklearwaffen bereits geklärt: Die F-35 hat diese bzw. wird sie erhalten. Möglicherweise kann die Bewaffnung im Nuklearbereich noch erweitert werden. Die drohende Kündigung des INF-Vertrages (Vgl. DGAP-kompakt Nr. 27) gibt Anlass, über eine erweiterte nukleare Bewaffnung im Rahmen der Teilhabe nachzudenken, z.B. durch die Ausstattung von Flugzeugen mit nuklearen Marschflugkörpern.

Ein Kauf von US-Flugzeugen würde die transatlantische Verbindung stärken und, je nach Wahl des Modells, Kooperationen mit europäischen Partnern wie Dänemark, den Niederlanden oder Belgien erlauben. Gleichzeitig widerspricht eine solche Entscheidung allerdings dem politischen Ziel größerer europäischer strategischer Autonomie.

Industriell würde Berlin die Abhängigkeit von den USA erhöhen und den Erhalt der Technologiefähigkeit gefährden. Die Produktionslinie für den „Eurofighter“ würde auslaufen und könnte geschlossen werden. Damit verlöre Deutschland essentielles Know-how im militärischen Flugzeugbau. Der Umfang der Beteiligung an den F-35 Technologien ist unklar. Dasselbe gilt für die Frage, ob sie auf andere Modelle und Fertigungsprozess übertragen werden dürften. Insofern besteht für die Industrie eine enge Verbindung zwischen der Tornado-Nachfolge und der Fähigkeit, die nächste Generation von Kampfflugzeugen in Europa zu bauen zu können.

Ältere US-amerikanische Modelle wie die F-15 Eagle oder F-18 Hornet wären militärisch weder moderner noch signifikant besser als der Eurofighter. Auch müsste ihre Zulassung als nuklearer Träger wohl erneuert werden.

Option III: Erhalt der Tornado-Flotte

Deutschland könnte schließlich auch die Lebenszeit des „Tornado“ erheblich verlängern. Allerdings ist seine Überlebensfähigkeit gegenüber immer leistungsfähigeren Luftabwehrsystemen schon heute nicht mehr gegeben, und der militärische Wert des Flugzeuges wird weiter sinken. Dies dürfte politisch weder der Autonomie noch der Glaubwürdigkeit Deutschlands zuträglich sein. Auch industriell bietet diese Option keine Vorteile – durch die Wartung einer alten Flotte werden weder industrielle Fähigkeiten erhalten noch Anreize für Innovationen und die Weiterentwicklung des Eurofighters gesetzt. Zudem

dürften die Unterhaltskosten exponentiell steigen, da ältere Flugzeuge wartungsintensiver und Ersatzteile seltener und teurer sind. Mit dem Erhalt der Tornado-Flotte könnte Deutschland aber immerhin die heikle politische Diskussion um die Fortsetzung der nuklearen Teilhabe und den Kauf US-amerikanischer Waffensysteme umgehen.

Der Entscheidung zweiter Teil: Das Luftkampfsystem FCAS

Wenn die europäischen Staaten ihre Luftstreitkräfte bis zum Jahr 2040 mit einem neuen System für den Luftkampf ausstatten wollen, müssen sie jetzt in die Entwicklung neuer Technologien und Plattformen einsteigen. Das sogenannte Future Combat Air Systems (FCAS), das Frankreich und Deutschland gemeinsam entwickeln und beschaffen möchten, beschreibt dabei kein einzelnes Flugzeug mehr. Vielmehr vernetzt eine digitale Umgebung bemannte Kampfflugzeuge und unbemannte Drohnen zu einem Gesamtsystem.

Option I: Deutsch-französische Partnerschaft

Dieses Projekt kann gemeinsam mit Frankreich umgesetzt werden; so ist es auch bisher geplant. Militärisch würde Deutschland damit seine Luftwaffe modern und einsatzfähig halten. Dies würde die strategische Autonomie Europas erhöhen, aber auch die Fähigkeit Deutschlands, für NATO und EU militärische Beiträge zu leisten. Politisch würde Deutschland damit die deutsch-französischen Ambitionen einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik und -industrie stärken. Allerdings haben Berlin und Paris sehr unterschiedliche Positionen u.a. zu Partnern, Exporten und Projektdesign.

Partner und Führungsmodell: In der Entwicklungsphase hat Frankreich bei Rüstungsprojekten eine Präferenz für bilaterale Partnerschaften. Paris sorgt sich um die steigende Komplexität, wenn mehr Staaten mitbestimmen wollen. Deutschland möchte dagegen frühzeitig zusätzliche Partner mit an Bord nehmen. Das hat nicht nur politische, sondern auch ökonomische Gründe – mehr europäische Partner bringen nicht nur mehr Gemeinsamkeit in Rüstung und Verteidigung. Sie bedeuten auch sichere Absatzmärkte, die die Projektkosten senken und Konkurrenzentwicklungen verhindern.

Auf kleine Partner mag man sich in Paris und Berlin einigen können. Schwierig wird es, wenn es um die Einbindung Großbritanniens geht, denn London wird auf einer zentralen Rolle bestehen. Es hat bereits eine eigene Entwicklung angekündigt, das „Tempest“-Kampfflugzeug. Verpassen Berlin und Paris die Einbindung, könnte Europa ein weiteres Mal parallel Ressourcen

aufwenden, um sehr ähnliche Produkte zu entwickeln, zu kaufen und zu warten.

Exporte: Für Frankreich sind Exporte essentieller Teil seiner strategischen und ökonomischen Überlegungen. Sie sind notwendig, um die Kosten erschwinglich zu halten. Selbst mit mehr Partnern ist die Nachfrage sonst nicht hoch genug. Frankreich sieht Rüstungsexporte auch als Mittel, um militärische Ungleichgewichte auszugleichen und Partner zu unterstützen. Für Deutschland hingegen sind Rüstungsexporte generell ein skandalträchtiges Thema, zumal, wenn sie nicht an Alliierte in EU und NATO gehen. Wegen dieser Haltung und der Unberechenbarkeit deutscher Exportentscheidungen in den letzten Jahren drohen hier erhebliche Konflikte.

Projektdesign: Unter dieser Überschrift wird um die technologischen und industriellen Anteile gerungen, die die Industrien in Frankreich und Deutschland erhalten. Hier treffen unterschiedliche industriepolitische Ansätze aufeinander: Frankreich möchte seine industrielle Unabhängigkeit im nuklearen Bereich bestmöglich bewahren. Deshalb legt es tendenziell mehr Gewicht auf den Flugzeugbau selbst. Dies würde auch die Sichtbarkeit des Projektes für die französische Industrie erhöhen. Für die deutsche Industrie ist ein größerer Schwerpunkt im „system of systems“ interessant. Dies würde das Gewicht Deutschlands in der europäischen Industrielandschaft stärken und zugleich mehr technologisches Know-how nach Deutschland und in die Unternehmen bringen. Trotz der industriepolitischen Komplementarität gilt aber auch für diese Zusammenarbeit: Will Berlin die sehr klaren Interessen der deutschen Industrie schützen, müssen sich Regierung und Bundestag dauerhaft engagieren. Zugleich bedarf es eines engen Austausches mit Frankreich, damit das Ringen um die nationalen Interessen nicht aus den Fugen gerät und das Projekt zum Scheitern bringt.

Option II: Abhängigkeit und Gestaltungsverzicht

Die zweite Option für Berlin ist der Ausstieg aus dem gemeinsamen Projekt mit Frankreich – oder zumindest aus der gemeinsamen Entwicklung. Deutschland würde dann in den 2040ern entweder amerikanische Systeme kaufen oder das Produkt beschaffen, das Frankreich dann, mit welchen Partnern auch immer, entwickelt hat. Diese Option hätte den Verlust der industriellen und technologischen Kompetenz in Deutschland zur Folge. Die Wahl bestünde dann nur noch darin, von wem man in Zukunft abhängig sein will.

Auch für die Konsolidierung der europäischen Rüstungsindustrie hat eine solche Entscheidung Konsequenzen. Die deutschen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten schwinden, wenn die deutsch-französische Zusam-

menarbeit bei FCAS scheitert. Berlin verliert zudem jeden Einfluss auf die Wahl der zukünftigen Exportländer, und zwar nicht nur bei Kampfflugzeugen. Auch bei der Gestaltung einer gemeinsamen EU-Exportpolitik als einem wichtigen Element der EU-Sicherheitspolitik wird Deutschland dann nicht mitreden können.

Sollte das deutsche Gewicht fehlen und Frankreich keinen anderen Partner finden, wird Europas Abhängigkeit von den USA in Bezug auf Industrie und Flotte weiterwachsen. Allein wird Frankreich finanziell nicht in der Lage sein, sich gegen die USA als Anbieter auf dem Weltmarkt zu stellen. Die industriellen Folgen dürften über die Wettbewerbsfähigkeit im engen Segment der Kampfflugzeuge hinaus reichen: Als Gesamtsystem setzt FCAS nicht nur Impulse für technologische und industrielle Fähigkeiten im Flugzeug- und Triebwerksbau, sondern auch für die Elektronik- und Kommunikationssparte.

Schlussfolgerung: Der Entscheidungsraum

Die Entscheidungen Deutschlands werden die Weichen für wichtige sicherheitspolitische und verteidigungspolitische industrielle Entwicklungen in Europa stellen - schon allein wegen der Größe des Projekts und der Lebensdauer solcher Systeme, die mehrere Jahrzehnte beträgt. An den Extrempolen des politischen Entscheidungsraumes finden sich zwei Optionen; dazwischen ist eine Vielzahl von Kombinationen denkbar.

Option I: Burgfrieden erkaufen

Es gibt eine Lösung, mit der sich Deutschland im Wesentlichen alle Optionen offenhalten kann: Deutschland kauft einige US-Systeme des Typs F-35 für die Nuklearrolle; im Gros werden die Tornados aber durch mehr Eurofighter in der konventionellen Luft-Boden-Rolle ersetzt. Zudem wird das FCAS wie geplant zusammen mit Frankreich umgesetzt. Politisch würde Deutschland mit dieser Lösung die europäische und transatlantische Spannung ausbalancieren, industriell einen europäischen Schwerpunkt setzen, und militärisch den Bedarf bestens erfüllen.

Eine solche Lösung ist denkbar, effektiv und begründbar – aber vor allem ist sie sehr teuer. Die beiden größten Hindernisse dürften deswegen in Deutschland selbst liegen. Denn neben den hohen Kosten müsste sich Deutschland wahrscheinlich auch verpflichten, das FCAS mit Frankreich zusammen auch außerhalb von EU und NATO zu exportieren. Die Heterogenität der Flugzeugflotte ist zwar kein unüberwindbarer Nachteil, macht die Lösung aber offensichtlich noch kostenintensiver. Will man sich in die F-35 Technologie einkaufen, wird man entsprechende Stückzahlen abnehmen oder selbst Geld zulegen müssen.

Option II: Militärische und industrielle Abhängigkeit

Am entgegengesetzten Pol würde Deutschland mit aller Macht die Lebenszeit der Tornados verlängern und aus FCAS aussteigen. Damit würde Deutschland sich aus der Gestaltung der europäischen militärischen Luftfahrtindustrie zurückziehen und höchstens minimale Fähigkeiten zur Aufrechterhaltung des Flugbetriebs von Tornados und Eurofightern behalten. Damit würde Deutschland industrielle und technologische Fähigkeiten verlieren und wäre in Zukunft abhängig von anderen Kampfflugzeugproduzenten. Auch auf die Exporte eines zukünftigen europäischen Luftkampfsystems und deren außen- und sicherheitspolitischen Effekte auf die EU hätte Deutschland keinen Einfluss mehr. Immerhin würden dafür die innenpolitischen Probleme entfallen, denn ohne Fertigung gibt es auch keine Exporte.

Deutschen Entscheidungsträgern kommt nun die Aufgabe zu, aus den Puzzlestücken bestehend aus nationalen Interessen und denen der Partner das bestmögliche Bild zusammensetzen. In diesem schmerzhaften Abwägungsprozess mag es zwischenzeitlich attraktiv erscheinen, einfach nicht zu entscheiden und stattdessen

eine endlose Debatte zu führen. Doch auch das wäre eine Entscheidung – und würde Entscheidungen bei Deutschlands Partnern auslösen, die wiederum für Deutschland prägend sind. Das Ergebnis wäre wie ein großer Unfall: Niemand wollte ihn, aber viele kämen zu Schaden. Berlin würde sich in eine Situation begeben, in der viele seiner Interessen nicht berücksichtigt werden. Es würde zudem den Einfluss auf politische, industrielle, technologische und militärische Entwicklungen im Zusammenhang mit der europäischen und transatlantischen Sicherheit und Verteidigung verlieren.

Dr. Christian Mölling ist Stellvertretender Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP) und Leiter des Programms Sicherheit, Verteidigung und Rüstung.

Torben Schütz ist Associate Fellow im Programm Sicherheit, Verteidigung und Rüstung der DGAP.

